

# RP 240295 Videoübertragung abgelehnt

## Mißbrauchsprozeß: Kinderbefragung im Sitzungssaal

MAINZ (Irs). Im Mainzer Kindesmißbrauchsprozeß werden die Opfer im Beisein von Sachverständigen, Staatsanwaltschaft und Verteidigung vernommen. Eine Videoübertragung aus einem kleinen, kindgerechten Nebenraum in den Verhandlungssaal lehnte das Landgericht Mainz gestern ab. Dies würde gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz verstoßen, erklärte der Vorsitzende Richter Jens Beutel.

Zuvor hatten zwei Gutachter sechs der mißbrauchten Kindern eine grundsätzliche Aussagefähigkeit bescheinigt. Ein heute zweijähriges Mädchen sei noch jung. Die Vernehmung wird voraussichtlich am 6. März unter Ausschluß der Öffentlichkeit beginnen. Ob auch die sechs Angeklagten - Eltern und Verwandte der Opfer - den Sitzungssaal verlassen müssen, ist noch nicht entschieden.

Die Psychologin Inge Mayer-Bouxin betonte, eine Begegnung der Kinder mit ihren Angehörigen müsse unter allen Umständen vermieden werden: „Alle Kinder stehen den Angeklagten mit panischen Ängsten gegenüber. Sie möchten aussagen, damit die gefürchteten Personen in Haft bleiben.“ Bei einer Begegnung seien schwere psychische Schäden nicht

auszuschließen. Die Sachverständigen regten an, daß der Richter die Kinder in einem kleinen Raum jeweils kurz befragt. Die Aussage könne per Videokamera in den größeren Saal übertragen werden. Richter Beutel dazu: „Die Kammer würde eine solche Vernehmung ausdrücklich begrüßen, weil sie die schonendste Art darstellt.“ Das Gesetz fordere aber die Einheit von Ort und Zeit. Die geplante Änderung der Strafprozeßordnung komme für dieses Verfahren zu spät.

Die Kinder sind nach Einschätzung der Gutachter wegen der ständigen Befragungen stark belastet. Sie würden die Vorfälle gern vergessen, wüßten aber, daß sie durchhalten müßten. Nach Angaben von Mayer-Bouxin meinte eine Siebenjährige: „Ich sage das, damit alle im Gefängnis bleiben. Wenn wir nach Hause kommen, machen die das wieder.“ Die Sachverständigen bestätigten die erleichterte Reaktion der Kinder auf den Tod der beschuldigten Großmutter. Einer Heimerzieherin zufolge lasse ein Mädchen dem Gericht ausrichten: „Meine Mama soll im Knast sterben.“

Befangenheitsanträge der Verteidigung gegen die Gutachter lehnte die Kammer ab.

## Götte für schonende Kinder-Vernehmung

MAINZ (Irs). Die Vernehmung der mißbrauchten Kinder von Worms sollte nach Auffassung der Mainzer Kultusministerin Rose Götte in einem „geschützten Raum“ erfolgen. Es könne nicht angehen, daß die Opfer vor Gericht ohne ausreichenden Schutz in der Hauptverhandlung als Zeugen befragt würden, meinte sie gestern. Damit reagierte Götte auf die Entscheidung des Landgerichts Mainz vom Vortag, das die Vernehmung mit einer Videokamera in einem kleinen Raum aus Rechtsgründen abgelehnt hatte. Götte betonte, die Kinder würden nun zusätzlich belastet. Das verkehre das Ziel des Strafprozesses ins Gegenteil. Die Ministerin appellierte an das Gericht, die Befragung möglichst schonend zu gestalten. Das Thema will sie auf der nächsten Jugendsministerkonferenz vorbringen. In dem Prozeß müssen sich sechs Angeklagte aus Worms verantworten, die sich an sieben Kindern aus dem eigenen Familienkreis in brutaler Weise vielfach vergangen haben sollen.